

KARL-HEINZ GRASSER



Kamingespräch

Ich darf mich ganz herzlich für die Einladung hierher zur 33. Volkswirtschaftlichen Tagung der Oesterreichischen Nationalbank bedanken. Ich bedanke mich auch, weil der Gouverneur gesagt hat, dass unsere Beziehung zwischen Finanzministerium und Notenbank so gut ist. Ich kann das von meiner Seite nur unterschreiben. Als Finanzminister nimmt man den Ausspruch von Allen Greenspan „Central Bankers are always right“ am Anfang nicht wirklich zur Kenntnis, aber im sechsten Jahr sagt man dann, es dürfte doch so sein. Vor allem dann, wenn man sich nicht zur Zinspolitik äußert, ist man immer einer Meinung mit dem Gouverneur, und das habe ich in den letzten Monaten und Jahren wahrscheinlich fast immer so gehalten. Jedenfalls nochmals herzlichen Dank für das gute Verhältnis, ich glaube, es ist wirklich eine Freude; gemeinsam beim Währungsfonds, in der Weltbank, auch bei den informellen Treffen des ECOFIN-Rats, sehen wir immer wieder, dass es hier ein gemeinsames Verständnis einer stabilitätsorientierten Makropolitik gibt.

Damit, meine Damen und Herren, darf ich überleiten, und Sie zuerst über die Schwerpunkte der österreichischen Fiskal- und Wirtschaftspolitik informieren. Ich denke, dass wir seit dem Jahr 2000 erfolgreich und konsequent einen Kurs gegangen sind, der drei

wesentliche Schwerpunkte gesetzt hat. Der *erste Punkt* ging von einer Situation aus, in der man uns in Europa gesagt hat: Österreich erfüllt nicht die Kriterien des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts, verbessert eure Finanzpolitik! Wir waren in Richtung eines 3-prozentigen Defizits unterwegs. Unsere Regierung hat damals eine ganz wesentliche Trendwende eingeleitet und hat immerhin schon 2001 das erste Mal seit mehr als 25 Jahren einen Überschuss im österreichischen

Entweder-oder geht, wie das einige sagen.

Der *zweite Punkt*: Wenn man in der Lage ist, den Haushalt zu konsolidieren, dann geht es für ein Land wie Österreich, das auf einem skandinavischen Weg war, in Richtung staatlicher Einfluss in vielen Bereichen, staatliches Eigentum, hohe Steuer- und Abgabequoten, um eine Trendwende. Wenn man diese erreichen will und nachhaltige Entlastung, nachhaltige Reduktion bei den Steuern und Abgaben anstrebt, dann musste man eben zuerst den Haushalt konsolidieren, um das möglich zu machen. Wir haben seit dem Jahr 2001 in Österreich die stärksten Rückgänge bei der Abgabenquote in ganz Europa, es sind also mehr als 4% in der Abgabenquote zurückgenommen worden; und damit sind wir noch nicht zufrieden. Wir werden weiter gehen mit diesem Weg einer nachhaltigen Entlastung als Frage der Wettbewerbsfähigkeit und der Qualität des Wirtschafts- und Arbeitsstandortes. Und der *dritte Punkt* ist natürlich für Österreich wie für ganz Europa wichtig: Was tun wir für mehr Wachstum? Wie schaffen wir es, Zukunftsinvestitionen seriös zu finanzieren? Wir haben das im Bereich Forschung und Entwicklung, im Bereich Bildung, im Bereich Infrastrukturinvestitionen geschafft, wo wir auch jetzt versuchen zu beschleunigen, weil gerade die Verbindungen zu unseren mitteleuropäischen Nachbarn besonders wichtig sind. Wir gehen seit Beginn der Neunzigerjahre sehr stark in die osteuropäischen Märkte hinein: Banken, Versicherungen, Industrie, mittelständische Betriebe. Ich bin sehr froh, dass dieser erfolgreiche Weg gegangen wurde. Es ist ein Weg, bei dem man stolz sein kann, wenn das kleine Österreich, diese kleine, offene Volkswirtschaft, es schafft,



H a u s h a l t
e r r e i c h t .
2002 waren
wir fast aus-
geglichen,
für 2005
haben wir
ein Defizit
von 1,9%

und für 2006 von 1,7% des Bruttoinlandsprodukts beschlossen. Nach den ersten vier Monaten heuer kann man sagen, dass der Budgetvollzug sehr gut läuft und dass ich nicht wie andere Länder Probleme sehe, diesen Vollzug zu schaffen: Keine Lücken auf der Einnahmenseite, keine wesentlichen Mehrausgaben auf der Ausgabenseite, also keine Bedrohung der Stabilität. Diese Ausdehnung des Defizits auf 1,9% haben wir nur deshalb, weil wir eine sehr große Steuerreform in der Größenordnung von 1,2% bis 1,3% des Bruttoinlandsprodukts umgesetzt haben. Zum richtigen Zeitpunkt, wie ich meine, weil unsere Strategie eben war: zuerst Haushalte konsolidieren, dann Steuersenkungen. Für mich ist es vollkommen erwiesen, dass es darum geht, sowohl solide Staatsfinanzen zu haben als auch höheres Wachstum, bessere Beschäftigungswerte, Reduktionen bei der Arbeitslosigkeit zu erreichen, und dass es nicht um ein

mit unseren Betrieben Nummer Eins bei den Direktinvestitionen in Rumänien zu sein, Nummer Eins in Bulgarien, Nummer Eins in Kroatien, Nummer Eins in Slowenien, Nummer Drei in der Slowakei, in Ungarn und in der Tschechischen Republik. Wenn Sie die gesamten *Foreign Direct Investments* nehmen der internationalen Staatengemeinschaft in den zwölf neuen Mitgliedstaaten, wenn ich hier Rumänien und Bulgarien bereits hinzurechnen darf, dann hat es die österreichische Wirtschaft geschafft, einen Anteil von etwa 10% zu erreichen. Das ist eine besondere Leistung unserer Betriebe und wirkt sich sehr positiv für unser Land und auch für die Zielländer aus, denn es wird in diesen Ländern investiert und wir können wiederum durch deren höhere Wachstumsraten (je nach der konjunkturellen Situation 3%, 4%, 5%, 6% reales Wachstum) auch entsprechend profitieren. Ich denke, dass wir es letztes Jahr geschafft haben, der Export-Europameister zu sein – mit steigenden Raten bei den Exporten um etwa 13%, und das in einer Zeit, in der sehr viel über den US-Dollar/Euro-Wechselkurs geredet worden ist und man sich im Hinblick auf die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Produkte Sorgen gemacht hat. Wir haben heuer ein Wachstum in der Größenordnung von 2% bis 2,3% zu erwarten. Die IWF-Delegation, die eben in Österreich ist, war sehr erstaunt und hat angesichts der Prognosen gesehen, dass Italien ein Wachstum von etwa 1,2%, Deutschland von 0,8% bis 1%, die Schweiz ein Wachstum von 1,2% erwarten, und Österreich, eingebettet in diese Länder, einen Forecast von über 2% hat. Kann das wirklich stimmen? Sie haben die Zahlen nochmals hinterfragt und sind zum Schluss gekommen: Ja, das ist realistisch. Sie

glauben auch nach neuerlicher Analyse, dass wir heuer über 2% reales Wachstum haben werden.

Meine Damen und Herren, was ich also sagen wollte, ist, dass es eine außerordentliche Situation ist, wenn das kleine Österreich, eingebettet in die Staatengemeinschaft, ein deutlich höheres Wachstum zustande bringt. Wir werden im nächsten Jahr ein sinkendes Defizit haben, wir haben das ehrgeizige Ziel – und ich halte es für sehr realistisch –, dass wir



im Jahr 2008 wieder einen ausgeglichenen Haushalt haben werden. Das ist unser Commitment: Wir wollen zurück zu einem ausgeglichenen Haushalt, weil wir auch wissen, dass wir die steuerliche Entlastung weiter treiben müssen. Es gibt einen Steuerwettbewerb in Europa, zu dem ich mich als Grundprinzip Europas und seiner Integration bekenne. Und daher meine ich, dass es nicht sinnvoll ist, Investoren, Unternehmer, die Milliarden Euro in unsere Länder investieren, als Heuschrecken zu bezeichnen, sondern wir müssen uns fragen: Wie schaffen wir es, unsere Länder zu Globalisierungsgewinnern zu machen. Das sollten wir im 3. Jahrtausend, in einer schnelllebigen Zeit, bei globalisierten Märkten zu unserer Priorität machen. Und ich denke wir sind Globalisierungsgewinner, wenn wir es ehrlich nehmen. Wir müssen darüber eine seriöse Debatte führen, wie wir Missbräuche und Probleme lösen können, aber so, dass soziale Kohäsion

auf der einen Seite, Wachstum und wirtschaftliche Integration auf der anderen gemeinsam erfüllt werden können. Daher glaube ich, dass wir mit einer zurückgehenden Abgabenquote, mit einem zurückgehenden Defizit, mit einer zurückgehenden Finanzschuldenquote, mit einem vernünftigen Wachstum im internationalen Vergleich, mit einer Arbeitslosenrate von 4,5% gut liegen. Auch wenn die Arbeitslosenquote nach dem kleinen Irland und Luxemburg



die dritt niedrigste in der gesamten EU-25 ist, ist es doch unser wichtigstes Ziel zu sagen, wie wir es schaffen, über höheres Wachstum und damit auch über mehr Beschäftigung gleichzeitig auch die Arbeitslosigkeit zu reduzieren. Wir haben zu dem Zweck am Tag der Arbeit, am 1. Mai, die Sozialpartner und Experten eingeladen, um zu diskutieren, wie wir das machen können.

Damit kann ich überleiten zur europäischen Agenda, zum Lissabon-Prozess. Sie wissen, dass nach dem heurigen Frühjahrsgipfel die Entscheidung getroffen wurde, dass wir nationale Reformpläne entwickeln müssen und sie heuer im Herbst erstmals vorlegen werden. Wir haben am 1. Mai mit einem breiten Dialog in Österreich begonnen, einen solchen nationalen Reformplan zu erarbeiten, und haben hier vor allem wieder einen Schwerpunkt auf Forschung und Entwicklung gesetzt. Historisch betrachtet sind wir 1999 in Österreich

etwa bei 1,8% Forschungsquote des BIP gestanden – jetzt haben wir es geschafft, auf 2,35% des BIP zu steigern, und das Ziel für 2010 ist eine 3-prozentige Forschungsquote, weil die Strategie für mehr Wachstum nur auch über mehr Forschung und Entwicklung, über eine angebotsseitige Wirtschafts- und Finanzpolitik und damit über neue Produkte, über Innovationen, über neue Verfahren führen kann. Und daher haben wir bereits am 1. Mai ein Paket geschnürt, das eine Forschungsmilliarde in den Vordergrund gerückt hat, das gleichzeitig versucht hat, die Forschung in die Breite zu führen, zu der breiten Masse der Klein- und Mittelbetriebe in Österreich, womit wir wesentliche Wachstums- und Beschäftigungseffekte erreichen können. Wir müssen ehrgeizig sein, wir müssen einfach im Wettbewerb bestehen und daher war das ein Versuch, hier ein Paket aufzuschnüren, von dem wir glauben, dass wir im nächsten Jahr – vorsichtig gerechnet – 0,25% bis 0,3% des BIP an zusätzlichen Wachstumseffekten bekommen werden und das mittelfristig Beschäftigungseffekte von durchschnittlich 20.000 zusätzlichen Beschäftigten auslösen kann. Ich denke, es ist ein wichtiger Schritt gewesen, dass man zu nationalen Aktionsplänen kommt. Dies ist eine Grundvoraussetzung, damit wir den Lissabon-Prozess erfolgreich gestalten können. Der Kokbericht hat ja auch gezeigt, dass wir in Europa bei der Midterm Review bei weitem nicht dort sind, wo wir sein sollten. Dass wir im Vergleich zu den USA und im Vergleich zu Asien Wachstumsprobleme haben. Und wenn man das Ziel hatte, wettbewerbsfähigster Wirtschaftsraum der Welt zu werden, und man zur Halbzeit erkennt, dass man nicht auf einem gutem Weg ist, man dieses Ziel bis

zum Jahr 2010 nicht erreichen wird, dann muss man überlegen, was man besser machen kann. Dann halte ich es für einen Fortschritt, wenn man diesen Prozess fokussiert und Wachstum und Beschäftigung an die Spitze der Prioritätenliste des Lissabon-Prozesses stellt.

Ich hoffe, dass es uns als Mitgliedstaaten gelingt, die Verantwortung in der Fiskalpolitik wahrzunehmen, damit eine Kohäsion der Volkswirtschaften zu erreichen und es auch der Europäischen Zentralbank in ihrer Geldpolitik leichter zu machen, als das heute der Fall ist; dass es uns gelingt zu sagen, wo die größten Prioritäten in jedem einzelnen Land liegen. Was sind, zum Beispiel, die wichtigsten fünf strukturellen Reformen, die jedes einzelne Land umsetzen muss, damit man zu einer Matrix mit Prioritäten und Zeitplan kommt und dann diese Agenda abarbeitet. Über den Fortschritt Einzelner müssen wir ganz Europa nach vorne bringen, wettbewerbsfähiger machen, die Wachstumspotenziale entsprechend erhöhen. Das muss unsere Zielsetzung sein und weniger ein Ausreden auf die Europäische Union, auf die Kommission, auf wen immer, warum wir in Europa nicht so gut sind, wie wir es eigentlich sein wollen. Ich glaube es geht nur dann, wenn jeder von uns seine Hausaufgaben wahrnimmt und seine Strukturreformen erledigt. Daher bin ich optimistisch, dass diese Fokussierung des Lissabon-Prozesses auch tatsächlich dazu führen kann, dass wir mittelfristig eine Kohäsion der Volkswirtschaften sehen und das Wachstumspotenzial erhöhen können. Als weiterer Punkt wurde von Gouverneur Liescher die Verfassung angesprochen: In Österreich haben wir gezeigt, dass wir nicht nur die Beschlussfassung in Europa bei den

Staats- und Regierungschefs und bei den Außenministern mitprägen und mittragen, sondern dass wir auch in der Lage sind, diesen Prozess dann nationalstaatlich auf einer sehr breiten Basis, über die Parteigrenzen hinweg, umzusetzen. Wir haben die Verfassung ratifiziert. Ich hoffe sehr, dass es gelingt, dies auch in den anderen Ländern erfolgreich umzusetzen: da braucht es Überzeugungsarbeit, da braucht es umfassende Information gerade dort, wo es Referenden gibt.

Ein für uns wesentliches Thema ist der Finanzrahmen 2007 bis 2013. Sie können sich vorstellen, dass wir in



einer sehr intensiven Diskussion zu dieser Frage stehen. Ich hoffe sehr, dass es Jean-Claude Juncker, in seiner EU-Ratspräsidentschaft und als Präsident des ECOFIN, gelingt, diesen Prozess fertig zu stellen – angesichts des Fensters, das nach der Wahl im Vereinigten Königreich aufgegangen ist. Ich sage offen in dieser Runde, ich bin nicht sehr optimistisch, dass es gelingt, will aber alles tun und dazu beitragen, dass es möglich wird. Ich denke, dass es wichtig wäre, wenn es Klarheit über den Finanzrahmen der Europäischen Union gäbe. Ich sage sehr deutlich, dass wir ein Nettozahler sind, dass wir daher auch die Position sehr klar vertreten haben und auch vertreten werden, dass, wenn die Europäische Kommission von den Mitgliedstaaten verlangt Ausgabendisziplin zu halten, die eigenen Haushalte in Ordnung zu bringen und zu konsolidieren, dass man dann mit allem Nachdruck und Recht auch von der Europäischen

Union selbst verlangen kann, dass sie eine Ausgabendisziplin hat – und dass man nicht immer nach einer sehr, sehr deutlichen Ausdehnung bei den Ausgaben in der Europäischen Kommission selbst ruft. Daher werden wir die 1-Prozent-Linie nachhaltig vertreten. Wir sind der Überzeugung, dass die Zeit für einen Rabatt für das Vereinigte Königreich vorbei ist, wenn man sieht, welches Wachstum hier in den letzten Jahren erreicht worden ist. Das ist eine andere Situation als unter der Zeit Margaret Thatchers. Ich hoffe, dass man hier einen gemeinsamen europäischen Weg gehen wird, der auch nur dann für mich Solidarität signalisiert, wenn es uns gelingt, die Strukturfonds, die Kohäsionsfonds auf die zwölf neuen Mitgliedstaaten auszurichten. Es muss uns auch klar sein, dass wir diese Mittel umschichten müssen aus den bestehenden Mitgliedstaaten hin zu unseren osteuropäischen, südosteuropäischen Nachbarn. Dieses Bekenntnis lege ich ab, denn diese Länder haben den größten Aufholprozess vor sich – und wir als Union werden alle von diesem Aufholprozess, von dem höheren Wachstum in diesen Ländern

profitieren. Und insofern hoffe ich, dass es gelingt, hier einen ganz klaren Schwerpunkt bei diesen Mitteln, bei den zwölf neuen Mitgliedstaaten zu legen. Insofern stehen uns hier sehr spannende, sehr intensive Verhandlungen bevor. Wir hoffen, dass dieser Prozess jetzt gelöst werden kann, denn die nächste Präsidentschaft hat das Vereinigte Königreich, das gewisse Eigeninteressen hat. Es könnte Probleme haben, diese Frage zu lösen. Danach kommt Österreich, und wir scheuen uns natürlich nicht, diese Frage zu verhandeln. Es ist eine große Herausforderung, wir würden das mit großer Ambition und Ehrgeiz angehen. Das Problem, das man nur sehen muss, meine Damen und Herren, ist, dass man 2006 z.B. auch Wahlen hat, Bundeswahlen in Deutschland nicht zuletzt. Ich denke wir sollten es vermeiden, dass derart wichtige europäische Fragen zu einem Spielball eines Wahlkampfes gemacht werden können. Insofern wollte ich betonen, je früher diese Frage gelöst wird, desto besser für Europa, für die europäische Idee, für den europäischen Zusammenhalt. Ich danke Ihnen vielmals für Ihre Aufmerksamkeit. ☛

